

## Olympia beginnt im Kinderzimmer

Weltnotwerk der KAB: Sozial- und Arbeitsrechte sind Menschenrechte

Angesichts der bevorstehenden Olympischen Spiele in China appelliert die KAB Deutschlands noch einmal an die Spielzeugindustrie und den Handel, die Überprüfung der Arbeitsbedingungen in den chinesischen und asiatischen Zulieferfirmen unabhängigen Kontrollleuten zu überlassen. „Wir müssen die Wirtschaft stärker in die Verantwortung nehmen“, erklärte Betina Beate, Mitarbeiterin bei Weltnotwerk und KAB-Koordinatorin bei der gemeinsamen Aktion „fair spielt“. Die Einhaltung der Menschenrechte in China hat viel mit unserem Kaufverhalten zu tun, erklärte sie.

Die Träger des Bündnisses „fair spielt“ drängen daher die deutsche Spielzeugindustrie, ihre Zertifizierungen über Mitspracherechte der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken und die humanen Arbeitsbedingungen öffentlich zu machen. „Es darf nicht sein“, so Betina Beate, „dass Markenfirmen öffentlichkeitswirksam Selbstverpflichtungen gegenüber ihrem Verband abgeben, dass aber weder kontrolliert noch darüber berichtet wird, ob sie ihre Zusagen auch umsetzen.“ Aktuell haben 43 deutsche Hersteller mit der Umsetzung des Verhaltenskodex des Weltverbandes der Spielzeugindustrie (ICTI) bei ihren Lieferanten begonnen. Weit mehr als die Hälfte der Mitglieder des deutschen Branchenverbandes verweigert sich nach wie vor dem Thema der Sozial- und Arbeitsrechte in den asiatischen und chinesischen Zulieferfirmen. Von den 30 deutschen Herstellern, die laut Selbstverpflichtung nur noch bei ICTI-zertifizierten Lieferanten einkaufen, setzen lediglich 15 ihre Zusage um.

**KAB-Mitarbeiterin Betina Beate:** Beim Kauf von Spielzeug und Merchandising-Produkten verstärkt darauf achten, dass Arbeits- und Sozialrechte der Arbeiter eingehalten werden. Foto: Rabbe



„Es ist wichtig, dass bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen die Arbeiterinnen und Arbeiter in den chinesischen Fabriken mehr Mitspracherechte bekommen“, so fair-spielt-Mitarbeiterin Beate. Laut der chinesischen Arbeitsrechtsorganisation Labour Action China (LAC) hat das neue chinesische Arbeitsvertragsgesetz, das seit Jahresbeginn in Kraft ist, dafür die Möglichkeit für die Arbeiter eröffnet, indem es erstmals Kollektivverträge ermöglicht. „Darauf muss der ICTI-Kodex zukünftig auch achten“, so Betina Beate. „Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte und haben somit mit dem Spielzeug in den bundesdeutschen Kinderzimmern zu tun. Viele der Merchandising-Produkte für die anstehenden Olympiade in China werden in Billigfirmen Asiens hergestellt“, so die KAB-Mitarbeiterin.

Die Aktion „fair spielt“, die von dem bischöflichen Hilfswerk Misereor, der KAB Deutschlands, der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Werkstatt Ökonomie und dem Nürnberger Bündnis Fair Toys getragen wird, setzt sich für faire Regeln in der Spielzeugindustrie ein.

## „Sozialcharta von unten“ für Europa

KAB Deutschlands startete in Strasbourg erfolgreich Aktionsdekade

„Die Bekämpfung der Armut wird das zentrale Zukunftsfeld in Europa sein“, betonte der niederbayerische EU-Parlamentarier Manfred Weber zum Auftakt der europapolitischen Aktionsdekade der KAB Deutschlands in Strasbourg. Für den CSU-Politiker gab es bei der Abstimmung für ein sozial gerechtes Europa ein klares Votum. „Wir brauchen neue Perspektiven gegen Armut“, so das Anliegen der KAB, dem sich Weber anschloss. „Die Antworten auf die Armutproblematik muss europäisch sein“, sagte der EU-Parlamentarier, der sich für die blaue Aktionspostkarte entschied und damit der Forderung der KAB nach einem Grundeinkommen für alle, mit dem die Armut in Europa beseitigt werden soll, Nachdruck verlieh. Auch EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pötering schloss sich diesem Ziel an. Mit den Aktionspostkarten plakatierte die KAB ihre Aussagen zum Kampf für soziale Gerechtigkeit in Europa.

14 Prozent der Erwachsenen und sogar mehr als jedes fünfte Kind in Europa lebt unter der Armutsgrenze, bemängelte der Südtiroler EU-Parlamentarier Sepp Kusstatter, der strengere Regeln für die Marktwirtschaft und eine Angleichung der Sozialstandards in Europa einforderte. Der Grünen-Politiker ist eng mit der Südtiroler Partnerbewegung der KAB, dem Katholischen Verband der Werktätigen (KVV), verbunden.



**Auftakt in Strasbourg.** Die KAB präsentiert im Innenhof des EU-Parlaments ihre „Sozialcharta von unten“. Viele EU-Politiker schlossen sich – wie hier der EU-Parlamentarier Martin Schulz – der Aktion an. Foto: Rabbe

Wie aktuell die sozialpolitischen Themenstellungen der KAB sind, zeigten auch die Erklärungen, die Rat und Kommission in Strasbourg und Brüssel derzeit zum weltweit dramatischen Preisanstieg von Lebensmitteln abgaben. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Banken in Deutschland Anleger auffordern, nun in der Lebensmittelbranche zu investieren, weil dort die Preise steigen. Mit den Gewinnen werden weltweit Menschen in Armut und Hunger gestürzt“, kritisierte Martin Schulz, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im EU-Parlament. Er stellte sich bei der Auf-

takt-Veranstaltung im Innenhof des Strasbourg Parlamentsgebäudes hinter die KAB-Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit.

### Bundesweite Maifeiern

In Gesprächen mit EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pötering und den deutschen EVP-Abgeordneten Elmar Brok, Manfred Weber, Herbert Reul und Thomas Mann und den SPE-Abgeordneten Karin Jöns und Martin Schulz sowie dem italienischen EU-Grünen-Parlamentarier Sepp Kusstatter machte Bundesvorsitzender Georg Hupfauer die Positionen der KAB zu einem sozial ge-

rechten Europa deutlich und stellte die Kampagne vor, die bis zu den Europawahlen im kommenden Jahr per Postkarten-Abstimmung eine „Sozialcharta von unten“ auf den Weg bringen soll.

Bereits am Tag der Arbeit hatten bundesweit KAB-Vereine und -Gruppen und viele Kundgebungsmitglieder ihr Votum für ein sozial gerechtes Europa abgegeben. „Die Aktion entfaltet eine große Breitenwirkung“, erklärte Bundesvorsitzender Hupfauer, der sich in Ingolstadt auf der KAB-Maikundgebung für einen Mindestlohn in Deutschland ausgesprochen hatte.

## Projekt „Erfahrung Europa“: Grenzansichten gesucht

Europa wächst zusammen, das Schengen-Abkommen öffnet scheinbar alle Grenzen. Kontrollen finden nicht mehr an der Landesgrenze statt, sondern zunehmend im Landesinneren. Die KAB Deutschlands will daher nicht nur über die

Grenzen, sondern auch auf die Grenzen schauen.

Im Rahmen des Projektes „Erfahrung Europa“ der KAB-Stiftung ZASS (Stiftung „Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherheit“) sind Interessierte aufgerufen, Fotos

oder auch erlebte wie fiktive Geschichten über ihre Grenzerfahrungen in Europa einzuschicken. Entstanden soll ein umfassendes und aktuelles Bild aus den deutschen Grenzregionen zu den europäischen Nachbarn. Bis zum 31. Oktober

können interessierte „Grenzgänger“ ihre bildlichen und schriftlichen Erfahrungen unter dem Stichwort „Grenzansichten“ einsenden an: ZASS, Bernhard-Letterhaus-Str. 26, 50670 Köln, z. Hd. Mechthild Hartmann-Schäfers.

## Billig-Jobs hemmen Beteiligungsmodelle

KAB-Bundesvorsitzender: Arbeitnehmer und Kapitalgeber müssen gleichwertig sein

Die Große Koalition hat nach einem halben Jahr Verhandlungen jetzt einen Entwurf zur Mitarbeiterbeteiligung vorgelegt. Ein Interview mit Georg Hupfauer, dem Bundesvorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands.

**Frage:** Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung kämpft seit Jahrzehnten für eine stärkere Beteiligung der Mitarbeiter am Kapital und an den Unternehmen. Sind Sie zufrieden mit dem Kompromiss?  
**Georg Hupfauer:** Sollte der Kompromiss so verwirklicht werden können, werden viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon profitieren. Aber vorweg einmal. Es ist positiv zu bewerten, dass sich die Große Koalition geeinigt hat. Wie Sie richtig bemerkt haben, ist die KAB seit Jahrzehnten ein Kämpfer für mehr Beteiligung und Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Wirtschaft.

War es erst die Skepsis der Gewerkschaften, die mit einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer die klassischen Fronten in Gefahr sahen, so waren es in den letzten dreißig Jahren Union und SPD, die keine ordentlichen Rahmenbedingungen auf den Tisch legten, damit die Tarifparteien in Verhandlungen treten können.

Von daher gilt natürlich Olaf Scholz und auch Karl-Josef Lau-

mann Dank, sich noch einmal gemeinsam an die Arbeit gemacht zu haben. Aber es bleibt natürlich auch Kritik.

**Frage:** Wie ist das zu verstehen?

**Hupfauer:** Nun ja, Mitarbeiterbeteiligung in der Wirtschaft bedeutet die Verstärkung der innerbetrieblichen Zusammenarbeit durch partnerschaftliches Miteinander von Kapitalgebern, Unternehmensleitung und Mitarbeitern. Dies wurde einmal mehr nicht erreicht und ist weiterhin in weite Ferne gerückt, denn die Idee des Erwerbs von Arbeitnehmer-Anteilen an ihren Unternehmen wurde gestrichen. Das Ganze basiert natürlich letztendlich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, was viele Unternehmer ablehnen. Dies wurde seitens der Arbeitgeberverbände bereits deutlich durch ablehnende Äußerungen nach der Kompromissfindung. Hundts Äußerungen zeigen – obwohl viele mittelständische Unternehmen Beteiligungsmodelle erfolgreich praktizieren –, dass die Arbeitgeberverbände höchstens Teilhabe am Unternehmenserfolg zugestehen, Teilhabe am Unternehmen aber nicht gewollt ist.

**Frage:** Widerspricht die Forderung der KAB nach höheren Löhnen nicht der Umsetzung der Mitarbeiterbeteiligung?

**Hupfauer:** Überhaupt nicht. Die hohen Gewinne der Unternehmen

in den letzten Jahren müssen sich im Lohn und in der Beteiligung der Mitarbeiter am Kapital widerspiegeln. In den jüngsten Tarifauseinandersetzungen ging es darum, die nominellen Verluste, die Arbeitnehmer in den letzten Jahren hinnehmen mussten, etwas zu kompensieren. Schließlich wird alles teurer, besonders für Arbeitnehmer und ihre Familien.

Dazu kommt, dass der Aufschwung durch Lohnzurückhaltungen, einer verdichteten Arbeit und höhere Arbeitszeiten von Arbeitnehmern selbst in Bewegung gebracht wurde. Man muss bedenken, dass viele Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz den Aufschwung bezahlt haben.

**Frage:** Aber behindern die Lohn-erhöhungen den Investivlohn denn nicht?

**Hupfauer:** Nein, Mitarbeiterbeteiligung darf nicht zu Armut führen. Vor dieser Situation stehen in Deutschland immer mehr Menschen mit ihren Familien. Das Ausufer der Billigjobs haben Beteiligungsmodelle fast unmöglich gemacht.

Zudem kommen die Vorschläge der Großen Koalition auch viel zu spät. Der Aufschwung verblasst schon und der Bundestag wird vielleicht in diesem Jahr das Gesetz noch verabschieden. Spätestens in der ersten Hälfte 2009 soll es in Kraft treten.

Wenn Beteiligungsmodelle auf Freiwilligkeit beruhen, müssen sie bei ansteigender Konjunktur nutzbar sein.

**Frage:** Wie viel Arbeitnehmer könnten von dem Gesetz profitieren?

**Hupfauer:** Schätzungsweise elf Millionen Arbeitnehmer in Deutschland könnten das Angebot in Anspruch nehmen. In der Regel sind es natürlich viel weniger. Die Rahmendaten im Vermögensbildungsgesetz wurden kaum verbessert, aber mit der Anhebung des steuer- und sozialversicherungsfreien Höchstbetrags von 135 Euro auf 360 Euro im Jahr ist einiges erreicht worden.

Die anfangs geäußerten Pläne der Union, einen Betrag von 500 Euro im Jahr mit einer freiwilligen Aufstockung um 100 Euro waren wohl wieder in der Fraktion noch in der Koalition abgesprochen.

Eine Chance, dass der Kreis größer wird, bieten die Fonds-Modelle, die einen Rückfluss von mindestens 75 Prozent des Beteiligungskapitals in die beteiligten Unternehmen garantieren sollen. Dies ist auch für die Unternehmen interessant, die weniger auf Banken angewiesen sein werden.

Auch der Ausbau der Förderung vermögenswirksamer Leistungen mit demnächst zwanzig statt bislang 18 Prozent und die Anhebung der Einkommensgrenzen im Vermögensbildungsgesetz auf 20000

Euro für Ledige und 40000 Euro für Verheiratete könnten mehr Menschen begeistern.

**Frage:** Wird die Mitsprache der Arbeitnehmer an Unternehmen in Zukunft über das Kapital geregelt werden?

**Hupfauer:** Es sieht auch nach dem Gesetz nicht danach aus. Zur Überwindung der Gegensätze von Kapital und Arbeit bedarf es mehr als den Ausbau der Vermögensbildung oder einer höheren Sparquote bei Arbeitnehmern. Zur konstruktiven Beteiligung, und damit sind Grundbedingungen für Motivation und Engagement der Mitarbeiter gemeint, bedarf es einer stärkeren Mitbestimmung. Dies fehlt in den Überlegungen der Großen Koalition völlig. Hier müsste das Unternehmensrecht im Sinne eines partnerschaftlichen Beteiligungsmodells verändert werden. Die KAB hat dazu Vorschläge gemacht.

**Frage:** Wie sehen die aus?

**Hupfauer:** Das lässt sich auf die Schnelle nicht erklären. Aber der Grundgedanke ist, dass Mitbestimmung durch Gleichstellung der Arbeitnehmer als gleichberechtigte Partner erreicht wird. Die Arbeitnehmer in Deutschland sind bereits hoch motiviert und leistungsstark. Ein noch stärkeres Engagement lässt sich nur erreichen, wenn der Arbeitnehmer auch gleichwertig gegenüber dem Kapitalgeber ist.



**Georg Hupfauer,** Bundesvorsitzender der KAB Deutschlands: „Die KAB ist seit Jahrzehnten ein Kämpfer für mehr Beteiligung und Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Wirtschaft.“ Foto: Rabbe

### Impressum

Die KAB-Nachrichten im RuhrWort erscheinen in jeder dritten RW-Ausgabe des Monats.

**Verantwortlich:** Diözesanleitung der KAB im Bistum Essen (Diözesanvorsitzender Johannes Strickerschmidt, Diözesansekretär Winfried Fockenberger).

**Redaktion:** Wolfgang Heinberg (verantwortlich), DP André Müller.

**Kontakt:** Telefon: 0201-878910